



Presseschau vom 20.07.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Lug-info.com: Die Volksmiliz der LVR hat am 19. Juli um 20 Uhr den Abzug aller Waffen mit einem Kaliber von weniger als 100mm von der Kontaktlinie auf einen Abstand von mindestens 3 km abgeschlossen, mit Ausnahme des Bezirks von Stschastje. Dies erklärte ein offizieller Vertreter der Volksmiliz der LVR.

„Alle Waffen mit einem Kaliber von weniger als 100mm sind abgezogen, mit Ausnahme des Bezirks Stschastje, wo eine angespannte Situation herrscht“, sagte er.

Nach seinen Worten berichteten alle Kommandeure heute Abend über den Abzug der Technik.

„Alle Kommandeure berichteten über den Abzug der Technik. So wurden Panzer, Panzertechnik, Abwehrgeschütze und andere Arten von Waffen mit einem Kaliber unter 100mm abgezogen“, fügte er hinzu.

Das Verteidigungsministerium der LVR erläuterte, dass die Vertreter der Volksmiliz, die Dienst an der Kontaktlinie tun, nur leichte Schusswaffen zur Verfügung haben.

Die Volksmiliz äußerte auch die Bereitschaft die Waffen aus dem Bezirk Stschastje abziehen, wenn auch die ukrainische Seite analoge Handlungen durchführt.

„Leider haben wir heute keine derartigen Handlungen von Seiten der Kiewer Truppen festgestellt, ihre Waffen mit einem Kaliber unter 100mm bleiben an den vorherigen Positionen“, stellte die Volksmiliz fest.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute mit einem Beschuss des westlichen Teils von Gorlowka begonnen, teilte die Stadtverwaltung mit.
„Etwa vor zwei Stunden begann der Beschuss. Es bleibt nicht lange ruhig, das Feuer wurde wieder aufgenommen. Geschosse treffen den westlichen Teil der Stadt.“
Nach Angaben des Bürgermeisteramts feuern die ukrainischen Streitkräfte auf das Wohngebiet Stroitel und die Siedlung Golma. „Getroffen wurden vermutlich Felder und Erholungsbereiche“, fügte die Verwaltung hinzu.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Im Zentrum der ukrainischen Schwarzmeer-Stadt Odessa ist es in der Nacht auf Montag zu einem weiteren Anschlag gekommen, wie die offizielle Webseite der örtlichen Innenbehörde mitteilte.

Ein Unbekannter soll im Cafe „Liberty“ nach Polizeiangaben eine Granate gezündet haben. Ein Wächter soll dabei zu Schaden gekommen sein. Er musste in ein Krankenhaus gebracht werden.

Es handelt sich dabei um eine Granate vom Typ RGD-5. Die am Vorfallort beschlagnahmten Fragmente der Granate werden einer kriminalistischen Untersuchung unterzogen. Die Ermittler klären zurzeit alle Umstände des Geschehens.

Es ist nicht die erste Explosion in Odessa, die von den Behörden als Terroranschlag eingestuft wird.

Anfang Juni war im Gebiet Odessa ein Sprengsatz unter einem beladenen Güterzeug detoniert. Niemand kam zu Schaden.

Eine weitere Explosion an einer Eisenbahnstrecke im Gebiet Odessa gab es im Mai. Sie hinterließ einen Trichter von 0,5 Meter Breite und 0,2 Meter Tiefe – auch dieses Mal glücklicherweise ohne Opfer.

Die Anschläge zielen laut den Behörden auf eine Destabilisierung der Lage in der Region ab. Außerdem habe der ukrainische Sicherheitsdienst im Frühjahr 2015 eine Reihe von „Anti-Terror-Maßnahmen“ ergriffen, bei denen mehr als 30 Menschen festgenommen worden seien.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30335/22/303352220.jpg>

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt, zwei Menschen wurden verletzt, teilte die Volksmiliz der LVR mit. ...

Zwei Menschen wurden beim Beschuss aus Richtung Staniza Luganskaja am 19. Juli verletzt. Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte beschossen von 21:20 bis 21:40 mit gepanzerter Militärtechnik und großkalibrigen Maschinengewehren das Gebiet des Denkmals des Fürsten Igor. Um etwa vier Uhr morgens wurde dieses Gebiet ebenfalls von den Positionen der ukrainischen Truppen bei Staniza Luganskaja mit Panzertechnik und Artillerie beschossen.

De.sputniknews.com: Im Rahmen einer sechsmonatigen Rotation von Streitkräften entsenden die USA rund 1.750 Marineinfanteristen nach Bulgarien. Wie „Marine Corps Times“ schreibt, handelt es sich dabei auch um 150 Marines, die eine „Combined Corps Company“ bilden sollen. Die neue Formation wird vom Übungsgelände Novo Selo aus operieren.

Sie soll laut „MarineCorps Times“ die europäischen Verbündeten „beruhigen“, die eine russische Aggression befürchten, sowie „auf Krisen in Europa und Afrika“ reagieren. Die „Combined Force Company“ wird den in Rumänien stationierten Schwarzmeer-Rotationsstreitkräften zugeordnet.

Insgesamt sind vorerst drei Sechs-Monate-Rotationen vorgesehen, heißt es.

Dan-news.info: Eine Rentnerin erlitt in der Folge des nächtlichen Beschusses von Donezk eine Schussverletzung. Dies wurde im städtischen Krankenhaus Nr. 14 berichtet, wohin die Verletzte gebracht worden ist.

„Eine Frau, Geburtsjahr 1949, die sich im Stadtteil Trudowskije Petrowskij-Bezirk befand, erlitt eine Schussverletzung.“

Das Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass das Feuer von Positionen der ukrainischen Streitkräfte kam, die sich in unmittelbarer Nähe in Marjinka befinden.

De.sputniknews.com: Bis zu 80 Prozent der Anhänger der rechtsradikalen ukrainischen Bewegung Rechter Sektor sind laut Gennadi Moskal, neuer Chef des westukrainischen Gebiets Transkarpatien, „mehrmals vorbestraft“.

„80 Prozent der Anhänger sind drei bis vier Mal vorbestraft worden“, sagte er im TV-Sender „5. Kanal“. Diese Antwort habe Moskal nach eigenen Worten von Militärbeamten bekommen, als er vorgeschlagen hat, Vertreter des Rechten Sektors in die Armee einzuberufen.

„Wenn der Rechte Sektor eine politische Kraft sind, so sollten sich die Vertreter dieser ‚Kraft‘ nicht verummern und den Wählern ihre Gesichter zeigen“, fügte Moskal hinzu...

Dan-news.info: Eine allgemeinbildende Schule in Gorlowka wurde von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen, teilte die Stadtverwaltung mit.

„Gestern wurde die Schule Nr. 15 in der Siedlung Sajzewo beschossen. Ein Geschoss traf das Schulgebäude, die Verglasung ist beschädigt, die Fensterrahmen herausgeschlagen.“

Nach Angaben der Stadtverwaltung hat die Bildungseinrichtung ihre Arbeit während der gesamten Kämpfe nicht eingestellt. Verletzte gibt es als Folge des Beschusses nicht.

Auch brannten aufgrund von Explosionen von Geschossen in der Stadt zwei Wohnhäuser ab. „In der Siedlung Schirokaja Balka brannten zwei Häuser ab. Das Zivilschutzministerium

konnte aufgrund des Beschusses nicht zum Ort vordringen.“

Nach Angaben des Bürgermeisteramts beschossen die ukrainischen Streitkräfte die Stadt mit kleinen Unterbrechungen von 14 Uhr bis 00:30. „Vermutlich wurden Panzer und Granatwerfer verwendet.“

De.sputniknews.com: Ukrainische Streitkräfte planen eine mehrtägige Artillerieübung bei Mariupol im Gebiet Donezk, wie Jaruslaw Tschepurnoi, Presseoffizier des Sektors „M“ (der Raum von Mariupol) dem städtischen Info-Portal 0629.com.ua mitteilte.

Die Übung beginnt am Montag. Die Einwohner wurden gebeten, sich wegen des Gedonners nicht aufzuregen.

Die Volksmiliz der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatte am Sonntag einseitig mit dem Abzug von Kampftechnik mit dem Kaliber von weniger als 100 mm von der Trennlinie begonnen. Die ukrainischen Streitkräfte haben vorerst keine entsprechende Anweisung bekommen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30219/37/302193772.jpg>

De.sputniknews.com: Die Spannungen in der Westukraine könnten für das ganze Land schwere Folgen haben, schreibt die "Nesawissimaja Gaseta" am Montag.

Die rechtsradikale Organisation Rechter Sektor ruft die Ukrainer zu einem neuen „Maidan“ auf und will noch in dieser Woche eine außerordentliche Versammlung abhalten, auf der über ihr weiteres Vorgehen entschieden werden soll.

Nach den Auseinandersetzungen zwischen Kämpfern des Rechten Sektors und der Polizei im transkarpatischen Mukatschewe stellte der Chef der Rechtsradikalen, Dmitri Jarosch, den Kiewer Behörden seine Bedingungen für die Regelung des Konflikts: Präsident Petro Poroschenko soll garantieren, dass die im Gebirge versteckten Kämpfer straffrei davonkommen.

Diese Kämpfer sollen in die Ostukraine ziehen und gegen die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk kämpfen. „Unsere Männer haben sich an den Kriegshandlungen beteiligt und sind bereit, das weiter zu tun. Sie könnten ihre Schuld dafür, dass sie sich provozieren lassen haben, mit ihrem Blut bezahlen“, so Jarosch.

Zudem könnte sich der Rechte Sektor den ukrainischen Streitkräften unterordnen. Dieses Thema wird im Land bereits seit einem Jahr debattiert.

Der Rechte Sektor mit seinen Freiwilligenbataillonen weigerte sich bis zuletzt, sich den ukrainischen Sicherheitskräften unter allgemeinen Bedingungen anzuschließen, und verlangte von der Obersten Rada (Parlament), ein Gesetz über den Sonderstatus des Rechten Sektors zu verabschieden. Die Rechtsradikalen wollten ihre Struktur und ihr

Verwaltungssystem weiter behalten und unabhängig von den Kiewer Behörden bleiben. Ein solches Zugeständnis würde für Poroschenko aber bedeuten, Schwäche gegenüber Jarosch zu zeigen. Zumal die Rechtsradikalen die Auseinandersetzung in Mukatschewe darauf zurückführen, dass sie in der Westukraine gegen Schmuggler kämpfen, die unter der Schirmherrschaft der Regierenden agieren.

Unter anderem behaupten sie, dass der Abgeordnete von Transkarpatien, Michail Lanjo, in kriminelle Geschäfte involviert ist. Dieser hatte bis Mitte der vorigen Woche so getan, als hätte er damit nichts zu tun. Dann aber gab er zu verstehen, dass hinter dem Konflikt die Interessen eines anderen Abgeordneten aus dieser Region, nämlich Viktor Balogas, stehen. Der soll die regionale Abteilung des Rechten Sektors finanziert haben. Ende der Woche sagte Lanjo offen, zum Schlusswechsel in Mukatschewe am 11. Juli sei es gekommen, weil er Balogas Sohn bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl nicht unterstützen wollte. Wenn dem so ist, dann dürfte die Auseinandersetzung in Mukatschewe „nur“ ein Zwist zwischen zwei lokalen Clans sein. Angesichts dessen kann man in Kiew nicht nur eine der Konfliktseiten bestrafen und die andere davonkommen lassen. Deshalb kommt eine Amnestie der sich im Gebirge versteckenden Kämpfer des Rechten Sektors nicht infrage. Jaroschs Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. „Ich sehe, dass der Präsident der Ukraine einen falschen Posten bekleidet – egal ob als Oberster Befehlshaber oder als Person, die den Staat effizient verwalten muss. Deshalb muss meines Erachtens über den Rücktritt des Präsidenten und die Auflösung der Obersten Rada gesprochen werden, die immer noch wie früher nur noch eine Marionette ist“, sagte der Anführer des Rechten Sektors. Auch die Regierung sollte entlassen werden. Der Staat brauche „ein qualitativ neues Koordinatensystem. Ohne das werden wir nie Reformen bekommen.“ Gleichzeitig forderte Jarosch die Ukrainer auf, an einer Volksversammlung auf dem Unabhängigkeitsplatz (Maidan) in Kiew teilzunehmen, wie es Ende 2013 bzw. Anfang 2014 der Fall war. Die Protestaktion ist für Dienstag geplant.

Dan-news.info: Sechs Menschen sind in der Periode vom 11. bis 17. Juli im Donbass verschwunden, teilte die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa in ihrem wöchentlichen Bereich zur sozial-humanitären Lage mit.

„In der Periode vom 11. bis zum 17. Juli wurden 6 Menschen als vermisst und ungesetzlich festgenommen registriert, darunter fünf Zivilisten und ein Soldat“, heißt es in dem Dokument. Zuvor hatte die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte mitgeteilt, dass die Zahl der von den ukrainischen Truppen festgehaltenen Menschen 1500 beträgt.

„Vom 11. bis zum 17. Juli 2015 starben in der Region in Folge der Kämpfe 6 Menschen, eine Frau und fünf Männer“, heißt es in dem Bericht.

Es wird erwähnt, dass die Frau am 15. Juli 2015 beim Beschuss der Außenbezirke von Gorlowka starb. „13 Menschen wurden ins Krankenhaus eingeliefert, darunter 11 Zivilisten und zwei Soldaten. Beim Beschuss von Gorlowka erlitten sechs Zivilisten Verletzungen darunter ein 15jähriges Mädchen.“

Ein weiterer Jugendlicher wurde durch einen Granatbeschuss auf den Kiewskij-Bezirk von Donezk am Bein verletzt. Und während der Ernte im Dorf Naberjoshnoje im Nowoaswoskij-Bezirk lief eine Erntemaschine auf eine Antipanzermine auf. Der Fahrer „erlitt Splitterverletzungen an der Hand und wurde sofort ins Krankenhaus gebracht“.

De.sputniknews.com: Kiew hat eine Reihe von Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen erfüllt und hofft auf die Wiederherstellung der Kontrolle über die Staatsgrenze im Donezbecken (Donbass) noch in diesem Jahr, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko dem ukrainischen TV-Sender ICTV mitteilte.

„Das sind die Verpflichtungen der ukrainischen Seite, Verfassungsänderungen anzunehmen. Wir haben einen Planvorsprung. Wir haben den Verfassungsprozess eingeleitet.“

Das Gesetz über den Sonderstatus und Besonderheiten der örtlichen Selbstverwaltung in

einigen Teilen der Gebiete Donezk und Lugansk seien verabschiedet worden. „Somit hat die Ukraine ihre Verpflichtungen eingehalten. Jetzt muss Russland mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen beginnen, weil es sich dort um den Termin ‚bis Jahresende‘ gehandelt hat“, so Poroschenko.

Russland müsse illegale bewaffnete Formationen abziehen, die Grenze schließen und die Kontrolle über die Grenze an die ukrainische Seite zurückgeben.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30325/05/303250533.jpg>

Dnr-online.ru: Die DVR durchlebt eine Etappe des innerstaatlichen Aufbaus, erklärte in einem Interview der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin. „Wir haben eine stabile Situation. Wir arbeiten in einem Team und bewegen uns auf einheitliche Ziele zu. Wir haben eine Etappe des inneren staatlichen Aufbaus“, sagte Denis Puschilin.

„Wir setzen uns das Ziel, für unsere Bürger bessere Bedingungen zu schaffen, als die Bürger in der Ukraine haben. Sie sollen Renten, Sozialleistungen und Arbeitsentgelte erhalten. Wir haben dafür alle Mechanismen, wir haben den Einfluss des Oligarchats auf die Staatsmacht beseitigt. Und zum zweiten haben wir die Korruptionskomponente beseitigt. Diese Dinge sind miteinander verbunden und sie erlauben es der Ukraine nicht sich zu entwickeln“, fuhr er fort. Der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets sagte auch, dass vor der Führung der Republik zwei Aufgaben stehen: Die Kämpfe zu beenden und den Staatsaufbau fortzusetzen.

De.sputniknews.com: Der einseitige Abzug von schweren Waffen mit einem Kaliber unter 100 mm in der selbsterklärten Volksrepublik Donezk wurde am Montag fortgesetzt, wie ein Sprecher des Donezker Verteidigungsministeriums in einem Gespräch mit RIA-Novosti mitteilte.

„Heute planen wir den Abzug der Technik aus den Siedlungen Saitsewo und Nikitowka, die nahe Gorlovka liegen. Wie schon gestern, wird der Prozess des Abzugs von der OSZE-Mission und den Vertretern des gemeinsamen Zentrums für Kontrolle und Koordination beobachtet werden“, sagte er.

Die Anzahl der Waffen, die heute abgezogen werden sollen, wurde nicht genannt.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30335/37/303353758.jpg>

Nachmittags:

Dan-news.info: „Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite betrug in den letzten 24 Stunden 41 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Nach Angaben des Ministeriums wurden beschossen: Shelesnaja Balka, Schirokaja Balka, Nikolajewka, Shabitschewo, Alexandrowka, Sansharowka, Sajzewo, das Gebiet des Flughafens und der Petrowskij-Bezirk von Donezk.

„Am intensivsten wurden mit Artillerie und Granatwerfern Losowoje, Kalinowka, Gorlowka und Logwinowo aus Richtung Luganskoje beschossen“, teilte das Ministerium mit.

De.sputniknews.com: Russische Drogenfahnder haben in den vergangenen eineinhalb Jahren mehr als 1.300 ukrainische Drogenhändler festgenommen, wie der Chef der Russischen Anti-Drogen-Behörde (FSKN), Viktor Iwanow, am Montag in einem Interview für den Nachrichtensender Rossija 24 sagte.

„Allein im vorigen Jahr haben wir wegen Handels mit Betäubungsmitteln in Russland rund 853 Ukrainer zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen.“

Er fügte hinzu, die Anti-Drogen-Behörde habe von Januar bis Juni 2015 bereits mehr als 500 Drogenhändler aus der Ukraine inhaftiert.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30189/86/301898603.jpg>

Dan-news.info: Die Milizen der DVR haben gerade mit dem Abzug von Panzern und Panzertechnik aus Sajzewo nördlich von Gorlowka begonnen.

„Zwei Panzer und sechs Einheiten von Panzertechnik bewegen sich im Moment auf ihre Dislozierungsorte im Hinterland der Stadt. Den Abzug führt die dritte einzelne Panzergrenadierbrigade der Milizen durch“, teilte ein Vertreter des Verteidigungsministeriums mit.

Vor Ort sind Beobachter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination der Feueereinstellung anwesend.

De.sputniknews.com: Die internationalen Vermittler haben neue Anstrengungen zur Regelung des Konflikts im Südosten der Ukraine im Rahmen der Minsker Vereinbarungen unternommen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Montag.

Die Staats- und Regierungschefs des Normandie-Formats haben erstmals seit Ende April miteinander telefoniert und die Konfliktseiten zur Umsetzung des Friedensplans aufgerufen. Unmittelbar im Anschluss fand ein Telefonat des russischen Außenministers Sergej Lawrow mit seinen deutschen und ukrainischen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier und Pawel Klimkin statt. Wie es aus dem Pressedienst des ukrainischen Präsidenten heißt, werden die Kontakte der Staats- und Regierungschefs des Normandie-Formats bereits in dieser Woche fortgesetzt.

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen hängt mit zwei Gründen zusammen. Nach der Unterzeichnung des Atomabkommens mit dem Iran wird ein konstruktives Zusammenwirken zwischen Russland und dem Westen erwartet. Zudem kam es überraschend zu Versöhnungsgesten zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Kollegen Barack Obama. Viele Experten deuteten die Ereignisse der letzten Tage als Beweis dafür, dass Russland und der Westen den Dialog zur Ukraine wiederaufnehmen wollen, indem die positiven Auswirkungen der Iran-Regelung genutzt werden.

Darüber hinaus billigte das ukrainische Parlament die vom Westen lobbyierten Gesetzesänderungen zur Dezentralisierung. Falls die Gesetzesänderungen vom Verfassungsgericht bestätigt werden, wird die Selbstverwaltung einzelner Regionen in den Gebieten Donezk und Lugansk in der Verfassung der Ukraine festgeschrieben. Dieser Schritt könnte zum Ausgangspunkt bei der Suche nach einem Kompromiss zwischen Russland und den USA werden, die zwar nicht zum Normandie-Format gehören, jedoch eine inoffizielle Beobachterrolle übernommen haben.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Francois Hollande

begrüßten die Billigung der Verfassungsänderungen und bezeichneten diesen Schritt als eine Etappe bei der Umsetzung des politischen Teils der Minsker Vereinbarungen. „Diese Dynamik muss fortgesetzt werden, damit alle von den Vereinbarungen vorgesehenen Maßnahmen bis zum Jahresende umgesetzt werden“, heißt es in einer Erklärung des Élysée-Palastes.

Die nächsten Schritte sollen regionale Wahlen und eine strikte Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen im Sicherheitsbereich sein. „Man muss dringend Maßnahmen zum Rückzug von Panzern und leichten Waffen treffen sowie die Arbeit am Abkommen zur Demilitarisierung und Entminung der Gegend um Schirokino treffen“, verlautete aus Paris. In einer Erklärung des Kremls hieß es, dass die wichtigste Voraussetzung für die Konfliktregelung die Aufnahme eines direkten Dialogs zwischen Kiew und den Vertretern von Donezk und Lugansk sei, darunter im Rahmen der Kontaktgruppe. „Besondere Aufmerksamkeit galt der ukrainischen Verfassungsreform und der Durchführung von regionalen Wahlen im Donezbecken sowie dem sozialwirtschaftlichen Wiederaufbau der Gebiete Donezk und Lugansk“, erklärte der Kreml.

Diesmal enthielt sich Moskau scharfer Kritik an der neuesten Initiative Kiews zu den Verfassungsänderungen, die unter dem Druck des Westens umgesetzt werden. Die einzige Seite, die die Schritte Kiews bei der Verfassungsreform kritisierte, sind die Volksrepubliken Donezk und Lugansk. „Indem Poroschenko offen verkündet, dass die Verfassungsänderungen keinen Sonderstatus des Donezbeckens vorsehen, bestätigt er, dass Kiew den Verhandlungsprozess vortäuscht und keinen Friedensdialog anstrebt“, so der Vertreter der Volksrepublik Lugansk in der Kontaktgruppe, Wladislaw Dejnago. Experten zufolge treten die internationalen Vermittlungsbemühungen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen in die kritische Phase. Bei der von Berlin initiierten Wiederaufnahme der Verhandlungen im Normandie-Format handele es sich um den Versuch der westlichen Partner, Moskau dazu zu bewegen, mehr Nachgiebigkeit seitens der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu erreichen. Der Westen habe Kiew unter Druck gesetzt und erwarte ähnliche Schritte von Moskau gegenüber den Volksrepubliken, so der Experte Alexander Guschtschin.

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR
Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Drei Soldaten der Milizen der DVR wurden in den letzten 24 Stunden durch die Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen verwundet.

Die Aufklärung der DVR hat die Verlegung von sechs Waffensystemen des Kalibers 152mm der ukrainischen Streitkräfte an die Kontaktlinie entdeckt.

„Nordwestlich von Troizkoje, 14km von der Kontaktlinie, wurden Feuerpositionen von zwei Artilleriesystemen entdeckt. Am nördlichen Rand von Progress, 27 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von sechs 152mm-Waffensystemen 2A36 „Giazint-B“ entdeckt.“

„Unsere Schritte zur Wiederherstellung des Friedens im Donbass finden nicht die Unterstützung der Kiewer Regierung. Wir ziehen weiterhin einseitig Waffen eines Kalibers unter 100mm ab, gleichzeitig ziehen die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte schwere Waffen und Artillerie an der Kontaktlinie zusammen“, sagte Basurin.

Er fügte hinzu, dass „die ukrainischen Truppen dabei weiterhin Ortschaften der DVR und Positionen unserer Truppen mit Artillerie und Granatwerfern eines Kalibers über 100mm beschießen“. Er erinnerte auch daran, dass die Milizen der DVR nur Waffen von der Frontlinie abziehen, die Abteilungen bleiben an ihren Positionen.

„Es wurden bereits mehr als 50% der Waffen abgezogen. Aber dieser Prozess ist langwierig, es gibt Punkte, von denen wir bisher nicht abziehen, wir werden die Situation beobachten“.

Basurin unterstrich, dass Listen mit den Nummern der abgezogenen Technik an die Beobachtermission der OSZE übergeben wurden.

Dan-news.info: Ukrainische Soldaten haben das Feuer auf Positionen der Milizen der DVR in Gorlowka während des Abzugs von Panzertechnik von dort eröffnet, berichtet ein Korrespondent von Ort des Geschehens.

Das Feuer wurde auf Positionen im Bereich von Sajzewo nordwestlich von Gorlowka (Nikitowskij-Bezirk) eröffnet, die gerade von den Milizen verlassen wurden.

Ein Vertreter des Verteidigungsministeriums der DVR teilte mit, dass „Scharfschützen und Granatwerfer tätig sind“.

Der Gesprächspartner unterstrich, dass die Positionen der ukrainischen Streitkräfte sich zwei km vom Ort des Abzugs der Panzertechnik befinden.

De.sputniknews.com: Die Verteidigungsminister der Ukraine, Polens und Litauens sollen am Donnerstag in Lwiw ein technisches Abkommen über die Aufstellung einer gemeinsamen Kampfbrigade mit dem Namen „Litpolukrbrig“ unterzeichnen, berichtet das ukrainische Verteidigungsministerium am Montag.

Der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak gab im Juni bekannt, dass die drei genannten Staaten Ende Juli in Kiew ein Abkommen über die Aufstellung einer gemeinsamen Kampfbrigade unterzeichnen werden, die Ende 2015 oder Anfang 2016 Übungen durchführen soll.

Laut dem ukrainischen Verteidigungsministerium werden der polnische Vize-Premier und Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak und der litauische Verteidigungsminister Juozas Olekas der Ukraine am Donnerstag einen Arbeitsbesuch abstatten.

Die Unterzeichnungszeremonie für das trilaterale Abkommen soll in der Akademie der Landstreitkräfte, „Petro Sagaidatschny“, stattfinden.

Ebenfalls am Donnerstag sollen Poltorak, Siemoniak und Olekas am Tag der ranghohen Gäste der ukrainisch-amerikanischen Kommando- und Stabsübung „Rapid Trident/Saber Guardian-2015“ teilnehmen, der im internationalen Zentrum für Friedensstiftung und Sicherheit der Akademie stattfinden soll.

Dan-news.info: Die Aufklärung der DVR hat die Vorbereitung der ukrainischen Truppen zu einem provokativem Beschuss der okkupierten Stadt Awdejewka aufgedeckt, teilte heute das Verteidigungsministerium der Republik mit.

„Heute am 20. Juli 2015 hat die Aufklärung der Streitkräfte der DVR eine Verlagerung von Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte bei der kokschemischen Fabrik in Awdejewka festgestellt, die das Ziel hat, Provokationen, einschließlich eines Beschusses von Awdejewka durchzuführen, um dann die Streitkräfte der DVR dessen zu beschuldigen.“

„Dies erfolgt vor dem Hintergrund des initiativen Abzugs von Waffen unter 100mm durch uns. Alle diese provokativen Bestrebungen Kiews sprechen von der Ablehnung Kiews die entstandene Situation auf friedlichem Weg zu lösen“, teilte das Ministerium mit.

De.sputniknews.com: Ein gesondertes Gesetz über die örtliche Selbstverwaltung in einigen Teilen der Gebiete Donezk und Lugansk bedroht nicht die territoriale Integrität der Ukraine, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko dem ukrainischen TV-Sender ICTV mitteilte.

„Wir müssen alles tun, um diese Territorien wieder in die Ukraine zurückzuführen. Auf dem besetzten Territorium leben ja zurzeit rund vier Millionen Ukrainer, die heimkehren müssen. Gibt es unter diesen Bedingungen eine Norm, die eine Gefahr darstellt? Nein. Diese Norm entspricht voll und ganz den Minsker Vereinbarungen.“

Ferner verwies Poroschenko darauf, dass das oben genannte Gesetz nicht einmalig sein werde, weil der Status der Hauptstadt in der Verfassung ebenfalls mit einem Sondergesetz definiert sei. Dieses Gesetz werde nicht in Kraft treten, bis im Donbass Wahlen nach der ukrainischen Gesetzgebung abgehalten worden seien.

Die Oberste Rada (Parlament) der Ukraine hatte am vergangenen Donnerstag einen Entwurf für Verfassungsänderungen zu einer Dezentralisierung der Macht im Land an das Verfassungsgericht weitergeleitet.

Die Gesetzesnovelle sieht keinen Sonderstatus für einzelne Teile der Gebiete Donezk und Lugansk vor. Darin heißt es lediglich, dieser Status solle durch ein gesondertes Gesetz festgelegt werden.

Wie die Beraterin des US-Außenministers, Victoria Nuland, am Donnerstag geäußert hatte, berechtigen die genannten Verfassungsänderungen zu der Behauptung, dass die ukrainischen Behörden ihre Verpflichtungen zu „Minsk 2“ erfüllt hätten.

Später bekräftigte US-Vizepräsident Joseph Biden bei einem Gespräch mit Präsident Poroschenko die volle Unterstützung der USA für die Herangehensweise Kiews an die Regelung des Konfliktes im Donbass.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30335/59/303355927.jpg>

De.sputniknews.com: Während über die Zweckmäßigkeit eines UN-Tribunals zum MH17-Absturz in der Ostukraine diskutiert wird, teilte die niederländische Generalstaatsanwaltschaft mit, dass in zwei Richtungen ermittelt wird – die Maschine wurde entweder vom Boden oder in der Luft von einer Rakete abgeschossen.

Ein Zwischenbericht zu den Untersuchungsergebnissen soll Ende des Jahres veröffentlicht werden, schreibt die „Rossijskaja Gaseta“ am Montag.

Fast gleichzeitig mit der Erklärung der niederländischen Generalstaatsanwaltschaft wurde in New York vermeldet, dass die für nächste Woche geplante Abstimmung zur Einrichtung eines UN-Tribunals zum MH17-Absturz verschoben wurde.

Man könnte vermuten, dass es einen Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen gibt. Die Länder, die die Einrichtung eines UN-Tribunals fordern (Malaysia, Belgien, Großbritannien, Australien und die Ukraine) rechnen damit, dass es bei den Ermittlungen in den Niederlanden einen Hinweis darauf gibt, dass die Boeing der Malaysia Airlines vom Boden abgeschossen wurde und die Aufständischen des Donezkbeckens dafür verantwortlich gemacht werden.

Nach Angaben der niederländischen Generalstaatsanwaltschaft sind die Schuldigen noch nicht ermittelt worden. Die Beibehaltung der Version über den Abschuss der Boeing aus der Luft würde bekräftigen, dass Kiew die Verantwortung dafür trägt. In diesem Fall würden die ukrainischen Behörden in eine peinliche Lage geraten.

Russland hat die Einrichtung eines UN-Tribunals als kontraproduktiv bezeichnet. „Von der Schaffung eines solchen Gremiums kann erst dann geredet werden, wenn die Ermittlungen beendet sind“, sagte der stellvertretende russische Außenminister Gennadi Gatilow.

Im russischen Außenministerium wurde mehrmals betont, dass mehrere westliche Länder versuchen, die Boeing-Katastrophe als Gefahr für die Sicherheit darzustellen. Zudem streben vor allem Washington und London und nicht Malaysia die Einrichtung des Tribunals

an. Was die Polittechnologen in der UNO wollen, liegt auf der Hand – das zu erwartende Veto Russlands im UN-Sicherheitsrat soll als dessen Unwillen ausgelegt werden, die Verantwortlichen für die Tragödie zu bestrafen.

Dabei tragen die Niederlande, die Ukraine und Malaysia selbst die Verantwortung für die MH17-Katastrophe, weil sie das Flugzeug über das umkämpfte Gebiet fliegen ließen.

Dan-news.info: Die Milizen der DVR haben mit dem Abzug von Panzertechnik aus dem Dorf Styła, Starobeschiskij-Bezirk, begonnen, teilt ein Korrespondent vom Ort des Geschehens mit.

Auf die Dislozierungspositionen im Hinterland werden vier Panzersysteme abgezogen. Vor Ort sind Beobachter der Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung anwesend.

De.sputniknews.com: Der US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, wird am Dienstag die Karpatenukraine besuchen, um die Situation in der Region nach den Auseinandersetzungen zwischen Kämpfern des Rechten Sektors und der Polizei in Mukatschewe zu klären. Dies berichtet die lokale Internet-Plattform Mukachevo.net unter Berufung auf eigene Quellen am Montag.

„Morgen, Dienstag, den 21. Juli, wird der US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, das Gebiet Transkarpatien besuchen“, heißt es in der Mitteilung.

Der US-Diplomat plane ein Treffen mit den Leitern der Verwaltung des Gebietes, um ihre Meinung zu der Situation in der Region nach den Auseinandersetzungen mit der ultranationalistischen Miliz zu erfahren....

Dan-news.info: „Heute haben wir fünf Panzer und 77 Einheiten Panzertechnik 3 km von der Kontaktlinie abgezogen“, erklärte der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin. Er sagte, dass die genannte Technik auf verschiedenen Teilstücken der Kontaktlinie abgezogen wurde.

Am Vortag waren laut Basurin 41 Panzer und 84 Einheiten Panzertechnik abgezogen worden.

De.sputniknews.com: Rund 2.000 Soldaten aus 18 Staaten nehmen an der militärischen Übung Saber Guardian/Rapid Trident teil, die am Montag in der West-Ukraine begonnen hat. Sie findet auf dem Übungsplatz Jaworiw nahe Lwiw statt.

Die US-Armee hat mit 500 Soldaten die zweitstärkste Vertretung hinter dem Gastgeberland Ukraine, die mit 800 Soldaten beteiligt ist. Der ukrainische Militärsprecher Alexander Poronjuk sagte im ukrainischen Fernsehen, Saber Guardian/Rapid Trident sei das größte Militärtraining in der Ukraine in diesem Jahr.

„2.000 Soldaten aus 18 Ländern sind ein Rekord.“ Laut dem Sprecher sind unter anderem Soldaten aus Deutschland, Großbritannien, Spanien und Belgien beteiligt. Der Plan des Trainings sei an die Situation in der Ost-Ukraine gebunden...



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30336/33/303363399.jpg>

Rusnext.ru: Die serbische Armee nimmt nicht an den Übungen in der Ukraine teil. Medien berichteten über die Teilnahme von Mitgliedern der Streitkräfte Serbiens an der internationalen Übung «Fearless Guardian» auf dem Yavoriv Trainingsplatz nicht weit von der Stadt Lwow.

Die offizielle Website der serbischen Armee dementierte diese Information: "In Bezug auf die Nachrichten über die Beteiligung der Mitglieder der Streitkräfte Serbiens am Militärmanöver Fearless Guardian in Ukraine, die in den Medien erschienen sind, informieren wir Sie, dass die Informationen inakkurat sind. Die Armee von Serbien ist nicht an dieser Übung beteiligt"

Abends:

De.sputniknews.com: Der ukrainische Sicherheitsratschef Alexander Turtschinow und der Befehlshaber der Nato-Spezialeinsatzkräfte (NSHQ), Marshall Bradley Webb, haben am Montag die Zusammenarbeit der Ukraine und der Nato im Bereich der Sicherheit und Verteidigung besprochen, berichtet die Webseite des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates.

„Am Montag fand das Treffen des Sekretärs des Sicherheitsrates, Alexander Turtschinow, mit dem Befehlshaber der Nato-Spezialeinheiten, Marshall Bradley Webb, statt“, heißt es in dem Bericht. Während des Treffens wurde ein besonderes Augenmerk auf die Reform des ukrainischen Militärs gerichtet.

Im vergangenen Jahr hatte die Nato beschlossen, vier Treuhandstiftungen zu gründen, die der Ukraine 15 Millionen Euro zur Finanzierung von Reformen im Sicherheitsbereich bereitstellen sollen. Die vier Treuhandstiftungen werden sich jeweils mit Fragen der Logistik, Kommunikation, Cyber-Kriminalität und sozialer Rehabilitation von Verwundeten befassen. Zuvor hatten die Ukraine und die Nato ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Bereich Kommando und Verwaltung unterzeichnet.

Das ukrainische Parlament hatte am 23. Dezember 2014 den bisherigen blockfreien Status per Gesetz aufgegeben. Dabei wurde betont, dass dieser Status die Sicherheit des Landes nicht zu gewährleisten vermochte.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat ein Gesetz unterzeichnet, das die Arbeit der Massenmedien auf dem Territorium der DVR regelt. Das Gesetz „Über Massenmedien“ wird nach der Unterzeichnung durch das Staatsoberhaupt heute im Pressedienst des Volkssowjets veröffentlicht.

„Das vorliegende Gesetz regelt die gesellschaftlichen Beziehungen im Bereich der Organisation der Tätigkeit von Massenmedien und stellt die staatliche Garantie ihrer Freiheit entsprechend der Verfassung der DVR sicher“, heißt es in dem Dokument.

Im Unterschied zu dem ukrainischen Analogon sieht das Gesetz der DVR den Entzug der Akkreditierung eines Journalisten ausschließlich durch Gerichtsentscheidung vor. Außerdem legt es das Recht natürlicher und juristischer Personen auf Auskunft fest, falls die Registrierung eines Massenmediums als ungültig erklärt wird und es legt große Freiheiten für gedruckte Periodika mit kleinen Auflagen fest.

Außerdem erlaubt es das Gesetz, die Öffentlichkeit vor Missbrauch der Freiheit der Massenmedien zu schützen. „Die Nutzung von Massenmedien für die Begehen von Straftaten, für die Verbreitung von Informationen, die der staatlichen oder einer anderen vom Gesetz geschützten Geheimhaltung unterliegen, für die Verbreitung von Materialien, die öffentliche Aufrufe zu terroristischen Tätigkeiten enthalten sowie von Materialien pornographischer Art, Gewaltverherrlichung sowie Verleumdung ist nicht zulässig“, heißt es in dem Dokument.

Ende Juni wurde das Gesetz vom Volkssowjet der DVR angenommen, es wurde von 81 Abgeordneten unterstützt.

De.sputniknews.com: Die am Montag gestartete NATO-Übung „Rapid Trident“ (Schneller Dreizack) gefährdet aus Sicht Moskaus die Regelung im ostukrainischen Kriegsgebiet Donbass. „Darüber sollten sich die Allianzmitglieder im Klaren sein“, erklärte das russische Außenministerium in Moskau.

Solche Manöver nährten revanchistische Stimmungen der Kiewer Kriegstreiber und könnten die friedliche Beilegung der tiefen innerukrainischen Krise torpedieren. „Diese Übungen führen vor Augen, dass die NATO ihren provokatorischen Kurs auf die uneingeschränkte Unterstützung der Politik Kiews im Donbass nicht aufgeben will“, hieß es.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30336/52/303365211.jpg>

Rusnext.ru: OSZE-Beobachter haben das Verschwinden von ukrainischen "Grad" und "Acacia" von den durch "Minsk-2" vereinbarten Positionen registriert,

Die Spezielle Monitoring Mission (SMM) der OSZE bestätigte das Fehlen von schweren Waffen in den Gebieten von Kiew, wo sie nach den Minsk Vereinbarungen stationiert sein sollten. Dies wird in einem heute veröffentlichten Bericht der internationalen Organisation dargelegt...

De.sputniknews.com: Die ultranationalistische ukrainische Organisation Rechter Sektor will die Grenze zu der von Moldawien abtrünnigen Region Transnistrien weiter „kontrollieren“. Am Montag erklärten die Anführer der Organisation, dass der an der Grenze zuvor eingerichtete Checkpoint weiter funktioniert.
„Das Ziel besteht darin, den Schmuggel von Ware zu verhindern“, hieß es. Den Radikalen zufolge hat der Rechte Sektor allerdings kein Recht, die über die Grenze fahrenden Autos zu kontrollieren. Es gehe vielmehr um die „öffentliche Kontrolle über die Tätigkeit der Zollbehörden in der Region“, sagte ein Mitglied, das anonym bleiben wollte.
Zuvor berichteten einige Medien, dass die Behörden den Checkpoint aufgelöst hatten...

Rusnext.ru: Die OSZE erklärte, sie wird den Abzug der Waffen von DVR und LVR nicht anerkennen.
Die Spezielle Monitoringmission der OSZE zählt die Bewegung der schweren Waffentechnik der Volksmilizen von der Kontaktlinie im Donbass nicht als Abzug der Technik. Dies erklärte am Montag der Stellvertreter des Leiters der Mission Alexander Hug.
"Die OSZE-Mission beobachtete gestern die Bewegung von Panzern und anderer schwerer Ausrüstung vom DVR und LVR", sagte Hug „Wir haben keinen Abzugs gesehen"
Hug sagte, dass die Bewegung der Technik nicht Rückzug genannt werden kann, weil die Mission keine Vorstellung davon hat, wohin diese Technik schließlich gebracht wird."
Er kündigte auch die drei Grundvoraussetzungen an, unter denen die Mission einen Abzug bestätigen könne.
"Es gab eine Bewegung der Ausrüstung von der Kontaktlinie nach irgendwo, aber wir wissen nicht, wohin. Wir fordern, dass uns Auskunft gegeben wird, wo sich die Technik jetzt befindet.
Zweitens müssen wir wissen, nach welchen Regeln Gerät von der Kontaktlinie zurückgezogen wird.
Drittens würde ich gern wissen, wo diese Waffen gelagert werden", zitiert RIA Novosti die Kommentare Hugs...